



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 22. März 2022  
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

### **A 605 Anfrage Sager Urban und Mit. über die politische Unabhängigkeit des an der Universität Luzern gegründeten Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik / Bildungs- und Kulturdepartement**

Urban Sager ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Urban Sager: Neue Forschungsinstitute sind grundsätzlich sicher etwas Positives. Es geht hier um eine Bereicherung der wissenschaftlichen Forschung. Wissenschaft lebt vom Widerspruch und der Bestätigung, es gibt nämlich keine absoluten Wahrheiten. Entsprechend ist es wichtig, dass möglichst viel Forschung stattfindet, auch kontroverse Forschung, um dem Ziel der Wahrheitsfindung ein wenig näher zu kommen im Wissen darum, dass es die absolute Wahrheit nicht gibt. In diesem Sinn ist auch das neue Institut für Wirtschaftspolitik begrüssenswert. Es gibt aber zwei Dinge, die problematisch sind: Das sind die Einseitigkeit und die Abhängigkeit dieses Instituts. Die Einseitigkeit bezieht sich auf das Personal des Instituts, denn dieses ist ideologisch auf eine radikal libertäre Sichtweise eingeschränkt. Das ist problematisch, weil es sich bei der Wirtschaftspolitik um keine exakte Wissenschaft handelt und weil die Exponenten dieses Instituts explizit die Information der Bevölkerung als Ziel formulieren. Wir alle hier wissen bestens, wie kontrovers Politik und wie unterschiedlich die Sichtweise auf die Gestaltung von Gesellschaft ist. Genau deshalb setzen wir uns alle mit unserem Hintergrund mit unserer Sozialisation und unseren Ansichten für den aus unserer Sicht richtigen Weg ein im Wissen darum, dass es andere Lösungsvorschläge gibt. Wenn sich jetzt also ein Institut, das sich die Wirtschaftspolitik auf die Fahne schreibt und die Information der Bevölkerung als Ziel setzt, so einseitig aufstellt, ist das problematisch. Zur Abhängigkeit: Das Institut für Wirtschaftspolitik wird durch eine private, steuerbefreite Stiftung getragen. Finanziell wird es von rund 20 Mitgliedern dotiert, wie der Direktor des Instituts an einer Medienkonferenz bekannt gab. Wer das ist, ist geheim. Im Stiftungsrat sitzen zwei Milliardäre aus Hergiswil. Diese Verbindung eines privaten, intransparenten Instituts mit ideologisch einseitigem Personal ist problematisch, wenn man daran denkt, dass dieses Institut wohl kaum die Hand beissen wird, die es füttert. Warum ist das für uns relevant? Das neue Institut unterstreicht seine angebliche Unabhängigkeit trotz intransparenter Finanzierung mit der Universität Luzern. Der Träger dieser Universität ist der Kanton. Die Verbindung besteht über den Direktor des Instituts, dessen Lehrstuhl durch die Universität finanziert wird, und die Verbindung besteht auch auf der sprachlichen Ebene, weil sich das Institut als ein Institut der Universität Luzern bezeichnet. Es benutzt also die Universität, um seine Einseitigkeit und Abhängigkeit zu überdecken. Hier fehlt der Regierung meiner Meinung nach die Sensibilität, wie die Antworten auf meine Anfrage zeigen. Das ist auch staatspolitisch problematisch.

Lisa Zanolla: Besten Dank für die Anfrage über die politische Unabhängigkeit des an der Universität Luzern gegründeten Instituts für Schweizer Wirtschaftspolitik und die von der

Regierung gelieferten Antworten. Diese Anfrage ist berechtigt, das Sponsoring von Universitätsinstituten bedarf einer kritischen Betrachtung, was die zwingend notwendige Unabhängigkeit betrifft, egal ob dies Wirtschaftsfragen oder Fragen der Gesellschaft, Pädagogik oder Medizin betrifft. Bei der jetzigen Diskussion über diese Thematik möchte ich erwähnen, dass diese Massnahmen sicher gut gemeint und gut aufgegleist sind. Die SVP möchte aber darauf hinweisen, dass es nicht nur um eine gezielte Politik gehen darf. Es kann nicht sein, dass gegen eine bürgerliche Ansicht gefiltert wird. Der Zweck der Stiftung Schweizer Wirtschaftspolitik ist es, auf unabhängiger wissenschaftlicher Grundlage wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen zu erforschen, aus denen praktische Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abgeleitet werden können. Die Stiftung hat gemeinnützigen Charakter, ist parteipolitisch sowie ideologisch unabhängig und untersteht der Eidgenössischen Stiftungsaufsicht (ESA). Der Regierungsrat hat in seiner Antwort eine ausführliche Auslegeordnung geliefert. Wir sind mit der Antwort einverstanden.

Rosy Schmid-Ambauen: Beim Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik handelt es sich um ein sogenanntes An-Institut. Die Möglichkeit solcher An-Institute ist in den Statuten der Universität vorgesehen, und die Gründung des Instituts erfolgte regelkonform. Auch die Finanzierung ist korrekt erfolgt. Sie entspricht dem üblichen Konstrukt eines An-Instituts. Grundsätzlich ist also nichts gegen dieses Institut einzuwenden. Andererseits erhöhen aber An-Institute die Komplexität der Struktur der Universität. Die FDP fordert darum in diesem Bereich ein zurückhaltendes und umsichtiges Vorgehen. Es muss verhindert werden, dass man komplizierte Schönwetterkonstrukte baut. Alles in allem ist für uns die Antwort der Regierung schlüssig. Die Trägerschaft ist extern und unabhängig, und diese ist für die Finanzierung zuständig. Die FDP freut sich auf innovative und kreative Impulse dieses Instituts zugunsten unserer Wirtschaft.

Karin Stadelmann: Die Universität Luzern hat ein neues Institut für Wirtschaft, und zwar für Wirtschaftspolitik. Dahinter stehen namhafte Köpfe. Bei uns entstand der Eindruck, dass sich Urban Sager ein bisschen daran stört, dass diese namhaften Köpfe eine Bewegung in Gang setzen und durch ihre Präsenz und Bekanntheit Gelder für die Gründung eines Instituts realisieren können. Er stört sich unter anderem auch daran, dass diese Köpfe und ihre Haltung einen Einfluss auf die Wirtschaft und die Wissenschaft haben könnten. Doch wer der Wissenschaft verpflichtet ist, weiss, dass Unabhängigkeit das höchste Gut ist. Unseres Erachtens wird das auch weiterhin garantiert. Der Regierungsrat zeigt in seinen Antworten klar auf, dass es einen Kooperationsvertrag gibt, der wissenschaftliche Integrität garantieren soll. Es gibt ebenfalls Transparenz darüber, wie viele Donationen es gibt und woher diese kommen und wie hoch sie sind. Der Zweck der Stiftung ist ebenfalls klar definiert. Es werden Handlungsempfehlungen abgegeben. Das Ziel ist, die Erkenntnisse aus der Wirtschaftspolitik der breiten Bevölkerung zugänglich zu machen. Wir sollten doch als Politikerinnen ein Interesse daran haben, genau dieses Wissen der breiten Bevölkerung zugänglich machen zu können. Der Auftrag des Instituts ist eben nicht, politische Meinungen abzubilden, sondern gebildete politische Meinungen darzulegen und Gründe für die Wissenschaftsinformation zu liefern. Es geht darum, faktenbasiert Wissenschaft zu leisten, das wird auch in den Antworten sichtbar. In diesem Sinn dankt die Mitte der Regierung für die gute Beantwortung der Fragen, welche wir als ausreichend erachten.

Jonas Heeb: Ich möchte mich bei Urban Sager für die wichtige Anfrage bedanken. Ich hatte beim Lesen der Antwort den Eindruck, dass alle gestellten Fragen mit den Reglementen zu den An-Instituten oder mit den Prinzipien zu Forschung und Lehre oder mit den Universitätsstatuten abgetan werden. Es gibt eine Stiftung, die sich um das Geld kümmert, und das Institut muss sich an die Regeln halten – alles gut. Die institutionellen Mechanismen werden in der Antwort aufgezeigt, das ist so weit verständlich. Gewisse Fragen der Anfrage zielen aber auf relativ klare Sachverhalte ab. Der Leiter des Instituts hat eine ganz klare Meinung zu wirtschaftspolitischen Fragen, zur Steuerpolitik, zu Ausgaben der öffentlichen Hand und Weiterem. Das ist kein Geheimnis und allen Interessierten so zugänglich. Auch die anderen Exponenten des Instituts und der Stiftung haben durch ihren Werdegang und ihre Tätigkeiten sehr wahrscheinlich klare wirtschaftspolitische Interessen.

Es handelt sich um eine neoliberale Zusammensetzung. Das kann man gut oder schlecht finden, dass dies aber in der Antwort praktisch ignoriert und teilweise sogar schöngeredet wird, enttäuscht und macht die Antwort aus unserer Sicht unvollständig, so zum Beispiel beim Thema der Einseitigkeit. Der wirtschaftswissenschaftliche Kurs des Instituts, den es durch die Prägung durch die Personen haben wird, ist klar zu erwarten. Die Wissenschaft der Wirtschaftspolitik ist aber ein Dialog. Es gibt verschiedene Theorien und verschiedene Ansichten, die teilweise auch im Wettbewerb zueinander stehen. Ob diese angemessen abgebildet werden, ist wegen des Konstrukt des Instituts durchaus fraglich. Was die Konsequenzen der befürchteten Einseitigkeiten wären, ist eine andere Frage. Ob es wirklich so sein wird, wird sich zeigen. Wir erachten es aber als problematisch, dass hier gar nicht erst eine Gefahr gesehen wird. Der Diskurs zwischen Wissenschaft, Gesellschaft und Praxis ist absolut wichtig, und solche Institute sind zu begrüßen. Eine klare politische Haltung des Instituts ist aber absehbar oder zumindest berechtigterweise zu befürchten. Wir finden es deshalb nicht angemessen, diese Fragwürdigkeit nicht anzuerkennen und sich als Trägerkanton der Universität Luzern aus dieser Diskussion herauszunehmen.

Urban Frye: Ökonomie ist keine exakte Wissenschaft. Sie gehört zu den Sozialwissenschaften und ist letztlich näher bei der Theologie anzusiedeln als bei der Physik. Ökonomie ist immer geprägt von einer grundlegenden Werthaltung. Dass diese hier eher rechtsbürgerlich ist, stört mich überhaupt nicht. Mich stört jedoch die wirklich miserable Qualität der Publikationen, die ich bis jetzt gelesen habe. Wir haben per Mail zum Beispiel einen Aufsatz zur Staatsverschuldung erhalten. Jeder Gymnasiast des Wirtschaftsgymnasiums hätte die verschiedenen Sichtweisen erklärt und Zusammenhänge aufgezeigt. In diesem Aufsatz war nichts davon enthalten, das Credo lautete einfach, der Staat dürfe sich nicht verschulden. Ich habe nachgeschaut, welchen Bildungshintergrund der Verfasser hat, und musste feststellen, dass dieser sich bisher vor allem mit italienischer Literatur befasst hat. Ich bin der Meinung, dass hier zumindest Personen aktiv sein sollten, die sich auch akademisch mit Ökonomie befasst haben. Das zweite Beispiel war die Studie, welche die Tabaklobby unabhängig in Auftrag gegeben hat, bei der das Institut herausgefunden hat, dass Rauchen volkswirtschaftlich durchaus sinnvoll ist. Ein starker Raucher zahlt mit dem Kauf von Zigaretten ein Leben lang in die AHV ein, und wenn alles gut läuft, stirbt er vor der Erreichung des AHV-Alters. Aufgerechnet mit den Gesundheitskosten, die sein Krebs verursachen, macht dies durchaus Sinn. Das Institut hat die Studie aber bald wieder zurückgezogen. Der Schaden war jedoch schon angerichtet. Weiter gedacht müsste man jetzt annehmen, dass, wenn die Alkohollobby eine Studie in Auftrag gibt, man auch dort sagt, übermässiger Alkoholkonsum sei volkswirtschaftlich wirklich sinnvoll. Sich zu Tode zu saufen, mache also Sinn. Das stört mich am Ganzen. Was ich bisher gelesen habe, hat mit akademischem Niveau überhaupt nichts zu tun. Ich finde es skandalös, dass hier der Universitätsrat nicht eingreift und keine Qualitätskontrolle der Publikationen macht.

Urban Sager: Ich störe mich nicht daran, dass es das Institut gibt oder dass es einseitig ausgerichtet ist. Über die Qualität der Studien lässt sich streiten, das ist Wissenschaft, das ist Öffentlichkeit. Mich stört, dass das Institut an die Universität assoziiert wird. Auch in den Voten hat man von einem Institut der Universität Luzern gesprochen. Das ist die Absicht dieses Instituts, und das passiert durch die Assoziierung als An-Institut. Das ist problematisch.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Ich bedanke mich zuerst dafür, dass Sie dem Ordnungsantrag gefolgt sind. Das An-Institut für Schweizer Wirtschaftspolitik arbeitet wissenschaftlich unabhängig. Die Stiftung für Schweizer Wirtschaftspolitik finanziert das Institut massgeblich. Sie hat die wissenschaftliche Unabhängigkeit des Instituts in den Stiftungsstatuten verankert. Der Zweck der Stiftung Schweizer Wirtschaftspolitik ist es, auf unabhängiger wissenschaftlicher Grundlage wirtschaftspolitisch relevante Fragestellungen zu erforschen – insbesondere der Schweiz –, aus denen praktische Handlungsempfehlungen für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft abgeleitet werden können. Die von der Stiftung erarbeiteten

wissenschaftlichen Erkenntnisse sollen in klarer, verständlicher Art und Weise vermittelt werden und dadurch zur gesellschaftlichen Meinungsbildung beitragen, wodurch die Stiftung eine Brückenfunktion zwischen Wissenschaft und Gesellschaft wahrnimmt. Die Stiftung hat gemeinnützigen Charakter. Sie verfolgt weder Erwerbs- noch Selbsthilfeszwecke und ist parteipolitisch und ideologisch unabhängig. Die Universität Luzern ihrerseits steuert die Professur von Professor Christoph A. Schaltegger bei. Ich habe gehört, Christoph A. Schaltegger hätte eine ganz bestimmte Meinung. Das erwarten wir von jedem Professor, egal in welche Richtung die Meinung geht. Zwischen der Universität und dem An-Institut besteht ein Vertrag. In diesem Kooperationsvertrag verpflichtet sich das Institut, die wissenschaftlichen Standards der Universität einzuhalten. Dazu gehören selbstverständlich die Qualität und die Unabhängigkeit. Inzwischen wurde das Institut gegründet und hat seine Arbeit aufgenommen. Die Ergebnisse werden auf der Homepage [www.iwp.swiss](http://www.iwp.swiss) publiziert. Ich nehme noch Stellung zur Einseitigkeit: Ich glaube nicht, dass man ein Institut gründen kann, um einen Meinungspluralismus auszuarbeiten. Verschiedene Institute oder andere Körperschaften sollen eine Meinung bilden und diese so darstellen, dass sich die Bevölkerung, die Politik und die Wirtschaft aus den Erkenntnissen ihre eigene Meinung bilden können. Das ist das Ziel des Instituts. Die Unabhängigkeit wird mit dem Kooperationsvertrag und dem Stiftungszweck gewährleistet. Das Team ist auch nicht geheim, sondern auf der Homepage aufgeführt. Die Stiftung hat selbstverständlich einen Handelsregistereintrag, dort sind die Stiftungsräte und die Geschäftsführer oder Geschäftsführerinnen publiziert. Die Haltung von Urban Frye lasse ich so stehe. Ich empfehle Ihnen allen, den Newsletter zu abonnieren und sich Ihre Meinung selbst zu bilden.